

Die nukleare Frage ist wieder akut

Rüstungskontrolle und nukleare Teilhabe

Dieter Stockfisch



Die USS TENNESSEE wurde als erstes strategisches U-Boot mit den neuen Sprengköpfen vom Typ W76-2 ausgerüstet

Foto: US Navy

Im Jahr 2010 haben der damalige US-Präsident Barack Obama und sein russischer Amtskollege Dmitri Medwedew den Vertrag New START (Strategic Arms Reduction Treaty) geschlossen, der am 5. Februar desselben Jahres in Kraft getreten ist. Der Vertrag beinhaltet Maßnahmen zur weiteren Reduzierung und Begrenzung der strategischen nuklearen Angriffswaffen. Er limitiert jedes Land auf 1.550 nukleare Gefechtsköpfe und 800 strategische Trägersysteme. Zudem legt er Verifizierungsmaßnahmen durch gegenseitige Überprüfungen und Inspektionen fest. Der zehn Jahre gültige Vertrag läuft am 5. Februar 2021 aus. Doch er enthält die Option für eine Verlängerung von fünf Jahren, wenn sich durch technologische Entwicklungen im nuklearen Bereich eine Neuauflage, mit einer notwendigen Vertragserweiterung abzeichnet und beide Parteien zustimmen.

Neuauflage von New START

New START ist gegenwärtig das letzte große nukleare Rüstungskontrollabkommen zwischen den USA und Russland, nachdem der INF-Vertrag (Intermediate Range Nuclear Forces) über das Verbot landgestützter nuklearer Raketen mit einer Reichweite zwischen 500 und 5.000 Kilometer im Februar 2019 von den USA gekündigt wurde. Die USA haben diesen Schritt damit begründet, dass Russland den INF-Vertrag mit der Aufstellung weitreichender Mittelstreckenraketen vom Typ SSC-8 seit Jahren verletzt habe. Anschließend hat auch Russland

den INF-Vertrag gekündigt. Mit der Aufgabe des INF-Vertrags ist eine Säule der nuklearen Rüstungskontrolle in Europa weggebrochen. Verblieben ist nur noch New START.

Bislang haben sich beide Parteien gegenseitig vorgeworfen, gegen New START immer wieder verstoßen zu haben und daher jeweils für die Aussetzung einer Neuauflage verantwortlich zu sein. Vertragsverletzungen sieht Russland vor allem in den voranschreitenden US-Raketenabwehrsystemen, während die USA auf das russische Nuklearträgerprogramm und das Eskalationskonzept der russischen Militärstrategie hinweisen. Trotzdem haben Anfang April 2020 US-Außenminister Mike Pompeo und Russlands Außenminister Sergej Lawrow in Moskau über eine Neuauflage verhandelt. Russland drängt auf eine Neuauflage, um ein weiteres nukleares Wettrüsten zu verhindern. Es erklärt sich sogar bereit, seine neu entwickelten nuklearen Hypersonic-Waffen und Trägersysteme in den Vertrag zu integrieren und mitzählen zu lassen. Dazu gehören die neue Interkontinentalrakete (ICBM) RS-28 Sarmat mit einer Reichweite von 18.000 Kilometern und mit bis zu 24 nuklearen MIRV-Sprengköpfen. Mit rund 20 Mach ist sie schneller als alle bisherigen ICBM, was ihre Ortung durch weltraumbasierte Sensoren erschwert. Eine weitere Hypersonic-Waffe ist der Stratosphären-Gleitflugkörper Awangard, der mit ICBMs eingesetzt wird und mit Geschwindigkeiten von Mach 15 bis 25 operiert. Sein nuklearer Gefechtskopf umfasst 150 Kilotonnen oder zwei Megatonnen. Awangard ist höchst manövrierfähig,

greift seine Ziele auf einer indirekten Flugbahn an und kann damit alle derzeit bekannten Raketenabwehrsysteme durchdringen.

US-Präsident Donald Trump will bislang einer Neuauflage von New START nur zustimmen, wenn der Vertrag trilateral unter Einbindung von China verfasst wird. Schließlich sieht Trump in China einen geopolitischen Kontrahenten, der den globalen Führungsanspruch der USA herausfordert und daher in ein Rüstungskontrollabkommen einzubinden sei. Doch China hat wiederholt sein Desinteresse an einem solchen Vertrag bekundet. Chinas nukleares Arsenal ist deutlich kleiner als das der USA und Russlands. Eine Reduzierung, wie sie ein START-Vertrag vorsieht, liegt nicht im Interesse Chinas. Im Mai 2020 hat Trump mit Russlands Präsident Putin telefonisch über eine Neuauflage verhandelt und dabei den Willen der USA zu einer wirksamen Rüstungskontrolle bekräftigt, um ein kostspieliges nukleares Wettrüsten zu vermeiden, jedoch nur unter Einbindung Chinas.

Angesichts dieser Lage wird deutlich, dass eine Neuauflage von New START in ein ungewisses Fahrwasser geraten ist. Sollte eine Neuauflage bis zum Auslaufen von New START in sieben Monaten scheitern, dann würde die letzte Säule der nuklearen Rüstungskontrolle wegbrechen und damit ein entscheidendes Instrument zur Reduzierung und zur Verbesserung von Transparenz und Kontrolle im Bereich der nuklearen Rüstung verloren gehen. Ein weiteres Wettrüsten könnte ungebremst voranschreiten.

Gemeldete oder vermutete nukleare Gefechtsköpfe der neun Atommächte

Russland:	6.500
USA:	6.185
Frankreich:	300
China:	290
Großbritannien:	200
Pakistan:	155
Indien:	140
Israel:	85
Nordkorea:	25

Substrategische Nuklearwaffen

Die START-Verträge (START I, START II und New START) sind bilaterale Verträge zur strategischen nuklearen Rüstungskontrolle. Dabei geht es nicht um komplette nuk-

leare Abrüstung, denn in einer zunehmend multipolar geprägten Welt mit derzeit neun Atommächten wollen weder die USA noch Russland, die zusammen etwa 90 Prozent aller Nuklearwaffen besitzen, auf diese verzichten. Vielmehr geht es im Kern um den Erhalt der nuklearen Zweitschlagfähigkeit auf niedrigerem Niveau, um eine glaubhafte Abschreckung auch technisch zu sichern.

Mittlerweile modernisieren und ersetzen nahezu alle Atommächte ihre substrategischen Nuklearwaffen. So wurde die nukleare Triade (See, Luft, Land) der USA bereits unter Präsident Obama schrittweise modernisiert. Dabei geht es insbesondere um den Einbau von kleineren Sprengköpfen vom Typ W76-2 (low yield nuclear weapons) auf den seegestützten ballistischen Raketen vom Typ Trident II D5 der strategischen U-Boote (SSBN), auf den see- und luftgestützten Cruise Missiles sowie auf den strategischen B-21-Bombern mit zielgeführten Freifallbomben vom Typ B61.

Nach der Nuclear Posture Review des US-Verteidigungsministeriums aus dem Jahr 2018 und der neuen Joint Publication 3-72 (Nuclear Operations) vom Juni 2020 soll die Fähigkeit erlangt werden, mit treffsicheren Nuklearwaffen kleinerer Sprengkraft Punktziele auszuschalten, Kollateralschäden zu vermeiden und gegebenenfalls auch massive Cyber-Angriffe abzuwehren. Damit wollen die USA eine erweiterte Abschreckung auf taktischer Ebene gewinnen.

Die Vereinigten Staaten haben mit der erweiterten Abschreckung vor allem auf Russlands aktuelle Einsatz- und Eskalationsdoktrin reagiert, die neben der Entwicklung der neuen ICBMs Sarmat und Awangard sowie einem autonomen, nuklearbestückten Torpedo auch den offenen Einsatz kleiner taktischer Nuklearwaffen vorsieht, um einen Gegner bei einem Krieg in Europa zum Einlenken zu bewegen. Auch Russland bewertet den Einsatz taktischer Nuklearwaffen als eine erweiterte Abschreckung, die zum Einlenken eines Gegners führen soll. Das belegt die russische Eskalationsdoktrin, in der der simultane Einsatz konventioneller und nuklearer Waffensysteme vorgesehen ist.

Beide Seiten nehmen an, dass ein begrenzter Nuklearschlag mit substrategischen Waffen große Wirkung erzeugen, Kollateralschäden begrenzen und entsprechende Gegenschläge verhindern könnte. Das bedeutet aber, dass keine Nuclearmacht auf taktische Nuklearwaffen verzichten wird und die Gefahr der Senkung der nuklearen Schwelle besteht.

Nukleare Teilhabe

Die nukleare Teilhabe innerhalb der Abschreckungskonzeption der NATO ist ein multilaterales Übereinkommen. Es sieht vor, Mitgliedstaaten ohne eigene Nuklearwaffen in die Planung, Beratung und Einsatzentscheidung von substrategischen, also taktischen Nuklearwaffen, miteinzu beziehen. Dazu gehört, dass diese Staaten über nukleare Verbringungsmittel (Kampfflugzeuge) verfügen und auf ihren Territorien taktische Nuklearwaffen lagern, die aber unter US-Hoheit bleiben und deren Einsatz erst nach gemeinsamer Beratung und Mitbestimmung in den entsprechenden Gremien von den USA freigegeben werden kann. In Deutschland sind als Verbringungsmittel die Tornado-Jagdbomber der Luftwaffe vorgesehen. In Europa lagern auf den Territorien von Belgien, Deutschland, Italien, den Niederlanden und der Türkei taktische US-Nuklearwaffen.

Seit Jahrzehnten bietet die nukleare Teilhabe den europäischen Bündnispartnern einen wirksamen nuklearen Schutz. Doch in Deutschland wird sie immer wieder in-



Foto: MoD Russland

Test einer Sarmat-ICBM auf dem Plesetsk-Testgelände im Nordwesten Russlands



Foto: US Air Force

Modernisierungsarbeiten an den Gefechtsköpfen der US-Interkontinentalraketen

Die F-18 von Boeing könnte den Tornado ablösen



Foto: Boeing

frage gestellt. Inzwischen ist darüber in der Koalition ein sicherheitspolitischer Streit ausgebrochen. Einige Spitzenpolitiker der SPD fordern, wie schon die Grünen und die Linkspartei, den Abzug der amerikanischen Nuklearwaffen, damit Deutschland eine atomwaffenfreie Zone wird. Zudem fordern sie den Verzicht auf eine Nachfolgebewaffnung für den in die Jahre gekommenen Tornado-Jagdbomber. Im Verteidigungsministerium gibt es derzeit Überlegungen, einen Teil der rund 90 Luftwaffen-Tornados durch 45 amerikanische Kampfflugzeuge vom Typ F-18 zu ersetzen, die weiterhin befähigt sind, taktische Nuklearwaffen einzusetzen. Letztlich geht es den SPD-Politikern darum, aus der nuklearen Teilhabe komplett auszusteigen. Zur Begründung wird angeführt, dass in der Regierungszeit von US-Präsident Trump das „Eskalationsrisiko unüberschaubar“ geworden sei und die Stationierung und der Einsatz einer „menschenverachtenden Waf-

fengattung“ verhindert werden müsse.

Abgesehen davon, dass es wohl kaum eine menschenfreundliche Waffengattung gibt, dienen nukleare Abschreckungspotenziale dazu, einen Kontrahenten vom Waffeneinsatz, auch vom konventionellen Einsatz, abzuhalten. Es soll nicht dazu kommen, dass Kriege in dem Glauben geführt werden können, sie seien zu gewinnen. Daher bildet die nukleare Abschreckung vor allem ein politisches Instrument zur Kriegsverhinderung, weniger ein militärisches zur Kriegführung.

Abschreckung beruht auf Glaubwürdigkeit und Glaubwürdigkeit wird an politischen Entscheidungen wie dem Festhalten an der nuklearen Teilhabe sichtbar.

Die Bundesregierung bekennt sich zur nuklearen Abschreckung als Teil des Verteidigungskonzepts in Deutschland und in der NATO, ungeachtet wirklichkeitsferner Erwägungen einiger SPD-Spitzenpolitiker. Verteidigungsministerin Annegret

Kramp-Karrenbauer brachte die Nuklearfrage auf den Punkt, als sie im Koalitionsstreit klar feststellte: „Solange es Staaten mit Atomwaffen gibt, die nicht zu unserer Wertegemeinschaft gehören, brauchen wir eine starke Verteidigungsposition. Diesem Zweck dient die nukleare Teilhabe. Wer sie aufgeben will, schwächt unsere Sicherheit.“

NATO bleibt ein nukleares Bündnis

Nuklearwaffen sind in der Welt existent. Ihre Erfindung ist nicht rückgängig zu machen. Die Welt muss mit Nuklearwaffen leben, denn man kann sie nicht mehr abschaffen. Daher bleibt eine Welt ohne Nuklearwaffen ein Traum. NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg hat das Festhalten an der nuklearen Teilhabe mit grundsätzlichen Feststellungen bekräftigt: „Das Entstehen der NATO-Verbündeten für die Sicherheit des jeweils anderen bleibt unverrückbar. Der ultimative Ausdruck dieser Solidarität bleibt unsere nukleare Abschreckung. Die NATO ist ein defensives Bündnis. Der Zweck der NATO-Nuklearwaffen ist nicht, Konflikte zu provozieren, sondern Frieden zu erhalten und Aggressoren abzuschrecken. Unser Bündnis strebt eine atomwaffenfreie Welt an, doch leider sind diese Voraussetzungen heute nicht gegeben. Eine Welt, in der Russland, China und andere Staaten über Atomwaffen verfügen, die NATO aber nicht, ist keine sichere Welt. Deshalb haben alle Bündnispartner vereinbart, dass die NATO ein nukleares Bündnis bleiben wird, solange es Nuklearwaffen gibt – um Frieden und Freiheit zu sichern.“ ■

Abschuss einer Trident II D-5 von einem SSBN der OHIO-Klasse



Foto: US Navy